

Bei den "friedlichen" Demonstranten in Kiew mischen auch gewaltbereite Faschisten mit, die nicht in die EU, sondern vor allem weg von Russland wollen.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 020/14 – 04.02.14

Die Ukraine und die Wiedergeburt des Faschismus in Europa

Von Paul Eric Draitser

STOP IMPERIALISM, 31.01.14

(<http://stopimperialism.org/ukraine-rebirth-fascism-europe/>)

Die Gewalt auf den Straßen der Ukraine ist weit mehr als ein Ausdruck der Wut der Bevölkerung auf die Regierung. Sie ist das aktuellste Beispiel für den Aufstieg der heimtückischsten Form des Faschismus, den Europa seit dem Untergang des Dritten Reichs erlebt hat.



Das Foto ist auch dem Originalartikel beigelegt.

Seit einigen Monaten gibt es in der Ukraine Proteste der politischen Opposition und ihrer Unterstützer – scheinbar als Reaktion auf die Weigerung des ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Wiktor_Janukowytsch), ein Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union abzuschließen, das von vielen politischen Beobachtern als erster Schritt zum EU-Beitritt gesehen wird. Die Proteste blieben bis zum 17. Januar größtenteils friedlich – bis sich Protestierende mit Schlagstöcken, Helmen und Molotowcocktails (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Molotowcocktail>) bewaffneten, mit brutaler Gewalt auf die Polizei losgingen, Regierungsgebäude stürmten und auf alle einschlugen, die sie für Anhänger der Regierung hielten; besonders auf den Straßen Kiews richteten sie schwere Verwüstungen an. Wer sind diese gewaltbereiten Extremisten, und welcher Ideologie hängen sie an?

Diese politische Sammelbewegung wird als "Pravy Sektor", das bedeutet Rechter Sektor, bezeichnet und setzt sich aus mehreren ultranationalistischen, rechtsextremen bis faschistischen Gruppierungen zusammen, darunter die "Svoboda-" oder Freiheitspartei, die "Pa-

trioten der Ukraine", die "Ukrainische Nationalversammlung – Verteidiger der nationalen Unabhängigkeit" / UNA-UNSO und "Trizub" (Dreizack, s. http://de.wikipedia.org/wiki/Wapen_der_Ukraine). Diese Organisationen haben sich unter einer äußerst antirussischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Ideologie vereint. Außerdem verehren sie gemeinsam die so genannte "Organisation ukrainischen Nationalisten", die von Stepan Bandera (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Stepan_Bandera), dem berüchtigten Nazi-Kollaborateur, gegründet wurde, der aktiv gegen die Sowjetunion gekämpft hat und an einigen der schlimmsten Gräueltaten beteiligt war, die im Zweiten Weltkrieg auf beiden Seiten begangen wurden.

Während die politische Opposition weiter mit der ukrainischen Regierung verhandeln will, ruft die Rechte zum gewaltsamen Kampf in den Straßen auf. Mit der gleichen rohen Gewalt wie die "Braunhemden Hitlers" oder "die Faschisten Mussolinis" versuchen diese Gruppierungen einen wirtschaftspolitischen Loyalitätskonflikt in einen Machtkampf um das Überleben der Ukraine zu verwandeln, die sie als "Nationalisten" angeblich so sehr lieben. Die Bilder von den Bränden in Kiew, den Schlägertrupps in Lwiw (Lemberg) und dem zunehmenden Chaos im ganzen Land zeigen überdeutlich, dass die von den Demonstranten auf dem Maidan-Platz angestrebten Verhandlungen nicht mehr das Hauptziel sind. Eher geht es darum, ob die ukrainischen Faschisten siegen oder unterliegen werden.

Die USA haben bisher alle Oppositionellen unterstützt, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung. Anfang Dezember haben Vertreter des herrschenden US-Establishments wie John McCain und Victoria Nuland sogar die Protestierenden auf dem Maidan-Platz besucht (s. http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP20113_221213.pdf). Obwohl in den letzten Tagen der wahre Charakter großer Teile der Opposition sichtbar wurde, hat die herrschende Klasse der USA und anderer westlicher Staaten die Gewalttaten der Faschisten kaum missbilligt. Stattdessen haben sich Vertreter des Westens mit Vertretern der Rechten getroffen und diese als "ungefährlich" eingestuft. Mit anderen Worten, die USA und ihre Verbündeten billigen stillschweigend die Fortsetzung und Ausbreitung der Gewalt, weil sie hoffen, ihr eigentliches Ziel, den Regimewechsel, dadurch schneller erreichen zu können.

Bei dem Versuch, die Ukraine aus dem russischen Einflussbereich herauszubringen, hat sich die Allianz aus USA, EU und NATO nicht zum ersten Mal mit Faschisten verbündet. In Lateinamerika ließen die USA jahrzehntelang Millionen Menschen von paramilitärischen faschistischen Todesschwadronen (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Todesschwadron>) entführen und umbringen. Um die Sowjetunion zu destabilisieren, wurden in Afghanistan mit Geld (und Waffen) aus den USA die extrem reaktionären Mudschahedin (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Mudschahid>) geschaffen, die später zur Al-Qaida mutierten. Auch in Libyen und neuerdings in Syrien wurden und werden extremistische Dschihadisten von den USA und ihren Verbündeten mit Geld und Waffen im Kampf gegen Regierungen unterstützt, die den USA und Israel nicht passen. Scharfsinnige politische Beobachter haben darin schon lange ein gleichbleibendes verstörendes Muster erkannt: Wenn sich dadurch geopolitische Gewinne erzielen lassen, machen die USA immer wieder gemeinsame Sache mit rechten Extremisten und Faschisten.

Die Situation in der Ukraine ist zutiefst beunruhigend, weil der politische Aufruhr das Land, das sich erst vor weniger als 25 Jahren aus der Sowjetunion gelöst hat, auseinanderreißen könnte. Das Aufkommen des Faschismus in der Ukraine hat jedoch noch einen anderen besorgniserregenden Aspekt – er drängt auch in anderen Staaten an die Macht.

Der Faschismus bedroht große Teile Europas

Das Erstarken des Rechtsextremismus in der Ukraine darf nicht isoliert gesehen werden.

Es erfolgt im Rahmen eines Trends, der auch in anderen europäischen Ländern und in der ganzen Welt zu beobachten ist und die Fundamente der Demokratie bedroht.

Die strenge Sparpolitik, die Griechenland von der Troika IWF, EZB und EU-Kommission auferlegt wurde, hat die Wirtschaft gelähmt und eine Depression ausgelöst, die für dieses Land fast noch schlimmer ist, als die Weltwirtschaftskrise für die USA war. Vor allem deshalb ist die "Goldene Morgenröte" (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Chrysi_Avgi) zur drittstärksten politischen Partei Griechenlands geworden. Diese von einer Ideologie des Hasses geprägte faschistische Partei ist antisemitisch, fremden- und frauenfeindlich und wird von der Regierung in Athen als ernsthafte Bedrohung für den Zusammenhalt der Gesellschaft angesehen. Weil ein Anhänger der "Goldenen Morgenröte" einen antifaschistischen Rapper erstochen hat, ließ die griechische Regierung die Parteiführung verhaften. Athen hat ein Untersuchungsverfahren gegen die Partei eingeleitet, dessen Ausgang ist aber ungewiss.

Die offen faschistische "Goldene Morgenröte" ist deshalb so gefährlich, weil ihre Agitation gegen Europa und den harten Sparkurs im wirtschaftlich zerrütteten Griechenland sehr gut ankommt. Wie andere faschistischen Bewegungen im 20. Jahrhundert lenkt auch die "Goldene Morgenröte" die Wut der Bevölkerung auf Sündenböcke; sie macht besonders muslimische und afrikanische Einwanderer für viele Probleme der Griechen verantwortlich. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist das Schüren irrationaler Ängste ein beliebtes Mittel, um von der Lösung wirklicher Probleme abzulenken. Die Führung der "Goldenen Morgenröte" wurde zwar inhaftiert, Mitglieder dieser Partei sitzen aber immer noch im Parlament oder kandidieren für öffentliche Ämter wie das des Bürgermeisters von Athen. Obwohl ein Wahlsieg unwahrscheinlich ist, wird schon ein besseres Abschneiden bei Umfragen die Zurückdrängung des Faschismus in Griechenland noch viel schwieriger machen.

Wenn dieses Phänomen auf Griechenland und die Ukraine beschränkt geblieben wäre, könnte man nicht von einem Trend sprechen, der den ganzen (europäischen) Kontinent zur erfassen droht. Unglücklicherweise ist jedoch überall in Europa ein Erstarren ähnlicher Parteien zu beobachten, auch wenn sie sich nicht so offen faschistisch gebärden. In Spanien hat die den Sparkurs durchsetzende Volkspartei (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Partido_Popular_%28Spanien%29) mit drakonischen Gesetzen die Demonstrations- und Redefreiheit eingeschränkt und lässt die Polizei hart durchgreifen. In Frankreich hat die Front National (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Front_National_%28Frankreich%29) unter Marine Le Pen (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Marine_Le_Pen), die Muslime und afrikanische Einwanderer zu Sündenböcken macht, in der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen fast 20 Prozent der Stimmen erhalten. Auch die ebenfalls gegen Muslime und Einwanderer agitierende Partei für die Freiheit (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Partij_voor_de_Vrijheid) in den Niederlanden ist zur drittgrößten Partei im Parlament geworden. In den skandinavischen Ländern spielen ursprünglich völlig bedeutungslose und obskure nationalistische Parteien bei Wahlen eine immer größere Rolle. Diese Tendenzen sind, gelinde gesagt, besorgniserregend.

Es sollte außerdem beachtet werden, dass die USA auch außerhalb Europas mehr oder weniger offen mit faschistoiden Gruppierungen zusammenarbeiten. So wurden die von der Rechten inszenierten Staatsstriche gegen die Regierungen in Paraguay und Honduras mehr oder weniger offen von Washington unterstützt, denn die USA haben schon immer versucht, die Linke in Lateinamerika zu unterdrücken. Man sollte sich auch daran erinnern, dass die Protestbewegung in Russland von Alexei Navalny und seinen nationalistischen Anhängern (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Alexei_Anatoljewitsch_Nawalny) dominiert wird; als "europäische Russen" haben sie rassistische Vorurteile und fühlen sich Muslimen und anderen Einwanderern aus ehemaligen Sowjetrepubliken überlegen. Diese und andere

Beispiele zeigen eine sehr hässliche Seite der US-Außenpolitik, die immer wieder versucht, auch wirtschaftliche Probleme und politischen Aufruhr zur Ausdehnung des Herrschaftsbereichs der USA zu nutzen.

In der Ukraine hat der "Rechte Sektor" den Kampf vom Verhandlungstisch auf die Straße verlagert; dort wird gerade der Versuch unternommen, den Traum von Stepan Bandera zu realisieren: eine Ukraine, frei von Russen, Juden und anderem "Unerwünschten". Weil sie dabei auch von den USA und ihren europäischen Verbündeten unterstützt werden, sind diese Fanatiker eine viel größere Gefahr für die Demokratie, als das Janukowytsch und seine pro-russische Regierung jemals sein könnten. Wenn Europa und USA die heraufziehende faschistische Gefahr nicht bald erkennen, könnte es wieder einmal zu spät sein.

Eric Draitser ist der Gründer der Website <http://stopimperialism.org/> . Er lebt in New York und ist ein unabhängiger geopolitischer Analyst. Seine E-Mail-Adresse lautet ericdraitser@gmail.com .

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Weitere Infos über den Autor sind aufzurufen unter <http://rt.com/op-edge/authors/eric-draitser/> . Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

STOP IMPERIALISM

Ukraine and the Rebirth of Fascism in Europe

By Eric Draitser
January 31, 2014

The violence on the streets of Ukraine is far more than an expression of popular anger against a government. Instead, it is merely the latest example of the rise of the most insidious form of fascism that Europe has seen since the fall of the Third Reich.

Recent months have seen regular protests by the Ukrainian political opposition and its supporters – protests ostensibly in response to Ukrainian President Yanukovich's refusal to sign a trade agreement with the European Union that was seen by many political observers as the first step towards European integration. The protests remained largely peaceful until January 17th when protesters armed with clubs, helmets, and improvised bombs unleashed brutal violence on the police, storming government buildings, beating anyone suspected of pro-government sympathies, and generally wreaking havoc on the streets of Kiev. But who are these violent extremists and what is their ideology?

The political formation is known as "Pravy Sektor" (Right Sector), which is essentially an umbrella organization for a number of ultra-nationalist (read fascist) right wing groups including supporters of the "Svoboda" (Freedom) Party, "Patriots of Ukraine", "Ukrainian National Assembly – Ukrainian National Self Defense" (UNA-UNSO), and "Trizub". All of these organizations share a common ideology that is vehemently anti-Russian, anti-immigrant, and anti-Jewish among other things. In addition they share a common reverence for the so called "Organization of Ukrainian Nationalists" led by Stepan Bandera, the infamous Nazi collaborators who actively fought against the Soviet Union and engaged in some of the worst atrocities committed by any side in World War II.

While Ukrainian political forces, opposition and government, continue to negotiate, a very

different battle is being waged in the streets. Using intimidation and brute force more typical of Hitler's "Brownshirts" or Mussolini's "Blackshirts" than a contemporary political movement, these groups have managed to turn a conflict over economic policy and the political allegiances of the country into an existential struggle for the very survival of the nation that these so called "nationalists" claim to love so dearly. The images of Kiev burning, Lviv streets filled with thugs, and other chilling examples of the chaos in the country, illustrate beyond a shadow of a doubt that the political negotiation with the Maidan (Kiev's central square and center of the protests) opposition is now no longer the central issue. Rather, it is the question of Ukrainian fascism and whether it is to be supported or rejected.

For its part, the United States has strongly come down on the side of the opposition, regardless of its political character. In early December, members of the US ruling establishment such as John McCain and Victoria Nuland were seen at Maidan lending their support to the protesters. However, as the character of the opposition has become apparent in recent days, the US and Western ruling class and its media machine have done little to condemn the fascist upsurge. Instead, their representatives have met with representatives of Right Sector and deemed them to be "no threat." In other words, the US and its allies have given their tacit approval for the continuation and proliferation of the violence in the name of their ultimate goal: regime change.

In an attempt to pry Ukraine out of the Russian sphere of influence, the US-EU-NATO alliance has, not for the first time, allied itself with fascists. Of course, for decades, millions in Latin America were disappeared or murdered by fascist paramilitary forces armed and supported by the United States. The mujahideen of Afghanistan, which later transmogrified into Al Qaeda, also extreme ideological reactionaries, were created and financed by the United States for the purposes of destabilizing Russia. And of course, there is the painful reality of Libya and, most recently Syria, where the United States and its allies finance and support extremist jihadis against a government that has refused to align with the US and Israel. There is a disturbing pattern here that has never been lost on keen political observers: the United States always makes common cause with right wing extremists and fascists for geopolitical gain.

The situation in Ukraine is deeply troubling because it represents a political conflagration that could very easily tear the country apart less than 25 years after it gained independence from the Soviet Union. However, there is another equally disturbing aspect to the rise of fascism in that country – it is not alone.

The Fascist Menace Across the Continent

Ukraine and the rise of right wing extremism there cannot be seen, let alone understood, in isolation. Rather, it must be examined as part of a growing trend throughout Europe (and indeed the world) – a trend which threatens the very foundations of democracy.

In Greece, savage austerity imposed by the troika (IMF, ECB, and European Commission) has crippled the country's economy, leading to a depression as bad, if not worse, than the Great Depression in the United States. It is against this backdrop of economic collapse that the Golden Dawn party has grown to become the third most popular political party in the country. Espousing an ideology of hate, the Golden Dawn – in effect a Nazi party that promotes anti-Jewish, anti-immigrant, anti-women chauvinism – is a political force that the government in Athens has understood to be a serious threat to the very fabric of society. It is this threat which led the government to arrest the party's leadership after a Golden Dawn Nazi fatally stabbed an anti-fascist rapper. Athens has launched an investigation into the party, though the results of this investigation and trial remain somewhat unclear.

What makes Golden Dawn such an insidious threat is the fact that, despite their central ideology of Nazism, their anti-EU, anti-austerity rhetoric appeals to many in the economically devastated Greece. As with many fascist movements in the 20th Century, Golden Dawn scapegoats immigrants, Muslim and African primarily, for many of the problems facing Greeks. In dire economic circumstances, such irrational hate becomes appealing; an answer to the question of how to solve society's problems. Indeed, despite Golden Dawn's leaders being jailed, other party members are still in parliament, still running for major offices including mayor of Athens. Though an electoral victory is unlikely, another strong showing at the polls will make the eradication of fascism in Greece that much harder.

Were this phenomenon confined to Greece and Ukraine, it would not constitute a continental trend. Sadly however, we see the rise of similar, albeit slightly less overtly fascist, political parties all over Europe. In Spain, the ruling pro-austerity People's Party has moved to establish draconian laws restricting protest and free speech, and empowering and sanctioning repressive police tactics. In France, the National Front Party of Marine Le Pen, which vehemently scapegoats Muslim and African immigrants, won nearly twenty percent of the vote in the first round of presidential elections. Similarly, the Party for Freedom in the Netherlands – which promotes anti-Muslim, anti-immigrant policies – has grown to be the third largest in parliament. Throughout Scandinavia, ultra nationalist parties which once toiled in complete irrelevance and obscurity are now significant players in elections. These trends are worrying to say the least.

It should be noted too that, beyond Europe, there are a number of quasi-fascist political formations which are, in one way or another, supported by the United States. The right wing coups that overthrew the governments of Paraguay and Honduras were tacitly and/or overtly supported by Washington in their seemingly endless quest to suppress the Left in Latin America. Of course, one should also remember that the protest movement in Russia was spearheaded by Alexei Navalny and his nationalist followers who espouse a virulently anti-Muslim, racist ideology that views immigrants from the Russian Caucasus and former Soviet republics as beneath "European Russians". These and other examples begin to paint a very ugly portrait of a US foreign policy that attempts to use economic hardship and political upheaval to extend US hegemony around the world.

In Ukraine, the "Right Sector" has taken the fight from the negotiating table to the streets in an attempt to fulfill the dream of Stepan Bandera – a Ukraine free of Russia, Jews, and all other "undesirables" as they see it. Buoyed by the continued support from the US and Europe, these fanatics represent a more serious threat to democracy than Yanukovich and the pro-Russian government ever could. If Europe and the United States don't recognize this threat in its infancy, by the time they finally do, it might just be too late.

Eric Draitser is the founder of StopImperialism.com. He is an independent geopolitical analyst based in New York City. You can reach him at ericdraitser@gmail.com.

www.luftpост-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern